In der Parteigerichtssache

der Frau B aus F

-Antragstellerin und Beschwerdeführerin-

g e g e n

den CDU-Landesverband B,
vertreten durch den Landesvorstand,
dieser vertreten durch die Landesvorsitzende Frau H MdL
und den Generalsekretär Herrn K MdL aus P

-Antragsgegner und Beschwerdegegner-

wegen Anfechtung des Beschlusses Nr. 4 des Landesparteitages der CDU Brandenburg vom 08. Mai 1993
in S hat das Bundesparteigericht der CDU aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 08. Dezember
1994 in B durch

Staatssekretär a.D. Dr. Dr. h.c. Heinrich B a r t h

-als Vorsitzenden-

Oberregierungsrat Bernhard Hellner
Präsident des Oberlandesgerichts a.D. Dr. Eberhard Kuthning
Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Heidi Lambert-Lang
Richter am Bundesverwaltungsgericht a.D. Carl L. Sträter

-als beisitzende Richter-
beschlossen:

Die Beschwerde gegen die Entscheidung des Landesparteigerichts der CDU
Brandenburg vom 24. September 1993 wird als unbegründet
zurückgewiesen.

Das Verfahren vor dem Bundesparteigericht ist gebührenfrei. Ihre
außergerichtlichen Kosten und Auslagen haben die Parteien selbst zu tragen.

Gründe

A.

I. Der Landesparteitag der CDU in Brandenburg faßte am 08. Mai 1993 in S unter Nr. 4 auf Antrag
der Jungen Union in B folgenden Beschluß:

"Der Landesverband der CDU B wird aufgefordert, die
Vergangenheitsaufbereitung in den eigenen Reihen verstärkt fortzusetzen.
Der Landesvorstand und die Kreisvorstände der CDU B werden deshalb
verpflichtet, eigene Richtlinien für die Auswahl der Kandidaten für die

parlamentarischen Vertretungen auf allen Ebenen und für die Vorstände der CDU aufzustellen, um sicherzustellen, daß belastete hauptamtliche Mitglieder der Haupt- und Bezirksvorstände der Parteien und Massenorganisationen in der Vor-Wende-DDR (bis zum 18. März 1990) sowie belastete Funktionsträger in staatstragenden Verantwortungspositionen der Vor-Wende-DDR weder aufgestellt noch vorgeschlagen werden.

Der Landesparteitag wird aufgefordert, sich in Absprache mit den Kreisvorständen ab sofort für eine Personalpolitik einzusetzen, die gezielt in ihrem Verhältnis zur DDR unbelastete und glaubwürdige Mitglieder der CDU als auch junge CDU-Mitglieder aufbaut, unterstützt und fördert."

Diesen Antrag haben ursprünglich 15 CDU-Mitglieder am 18. Mai 1993 angefochten und vorgetragen, der zitierte Landesparteitagsbeschuß greife in das aktive und passive Wahlrecht der Mitglieder des Landesverbandes der CDU ein und beeinträchtige die Mitglieder in ihren verfassungs-, statut- und satzungsmäßigen Rechten. Zwei Antragsteller, darunter die Beschwerdeführerin, haben zudem vorgetragen, daß sie beabsichtigten, künftig wieder bei Wahlen zu kandidieren, aber der Parteitagsbeschuß die Gefahr in sich berge, daß Wahlen auf seiner Grundlage im nachhinein für verfassungswidrig erklärt werden könnten. Die Antragsteller hatten beantragt, den Parteitagsbeschuß für nichtig zu erklären.

Der Antragsgegner hatte beantragt, den Antrag der Antragsteller als unzulässig und unbegründet zurückzuweisen. Er hat vortragen lassen, bei dem Parteitagsbeschuß handele es sich nur um eine Richtungsentscheidung, die für Dritte keine unmittelbare Wirkung entfalte. Die Antragsteller seien durch ihn nicht betroffen, so daß sie sich auf kein Rechtsschutzinteresse berufen könnten. Der Beschuß stelle kein Verbot dar, bestimmte Personen zu wählen. Überdies lägen die Voraussetzungen für eine Popularklage nicht vor. Somit sei der Antrag unzulässig, soweit ihn nicht Parteitagsdelegierte stellten.

Während des Verfahrens vor dem Landesparteigericht haben sieben Antragsteller ihren Antrag zurückgenommen, ein achter hat zwischen der Entscheidung des Landesparteigerichts und ihrer Zustellung an die Antragsteller seinen Antrag ebenfalls zurückgenommen.

II. Das Landesparteigericht hat auf die mündliche Verhandlung vom 24. September 1993 in B den Antrag der Antragsteller als unbegründet zurückgewiesen. Es hat im wesentlichen ausgeführt: Es könne dahingestellt bleiben, daß sich einige Antragsteller nicht dazu erklärt hätten, ob sie sich von dem Parteitagsbeschuß beschwert fühlten und die Antragstellerin zu 8. - die jetzige Beschwerdeführerin - dies für sich klar verneinte, denn aus dem Antrag vom 18. Mai 1993 und aus den ergänzenden Darlegungen der Antragsteller ergebe sich, daß der Parteitagsbeschuß nach ihrer Ansicht gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße, da er bestimmte Parteimitglieder ausgrenze. Der Parteitagsbeschuß stelle damit die Verfassungsmäßigkeit künftiger Wahlen in Frage, wovon sie alle betroffen seien, denn es bestehe auch

künftig die Frage für sie, ob sie wieder kandidieren sollten. Damit hätten die Antragsteller ein Rechtsschutzinteresse bekundet, das auch denjenigen von ihnen zugebilligt werden müsse, die nicht Parteitagsdelegierte gewesen seien.

Verkannt werde jedoch, daß der Parteitagsbeschluß als solcher überhaupt nicht wirke, sondern mit einer gewissen Zielrichtung auf die Erarbeitung künftiger Richtlinien hinauslaufe. Er entfalte somit nicht neues Parteirecht, etwa Verbote, die im Gegensatz zum Gleichheitsgrundsatz der Mitglieder stünden, insbesondere zu § 6 Abs. 1 Buchst. b) und c) der Satzung des CDU-Landesverbandes, wonach jedes Parteimitglied das Recht habe, gemäß Satzung und Wahlordnung der CDU für Parteiämter zu kandidieren und sich um ein Mandat bei Wahlen für die Volksvertretungen zu bewerben. Es handele sich damit bei dem Parteitagsbeschluß nur um eine Richtungsentscheidung, welche nach § 21 Abs. 3 der Landessatzung der CDU statthaft sei. Deshalb sei der Antrag als unbegründet zurückzuweisen gewesen, da er unmittelbar zu keiner Ungleichheit der Mitglieder führe.

III. Die Entscheidung des Landesparteigerichts ist den Antragstellern und dem Antragsgegner per Einschreiben lt. Poststempel des Postamtes P am 03. November 1993 zugesandt worden. Als einzige Beteiligte des Ausgangsverfahrens hat die Antragstellerin gegen die Entscheidung des Landesparteigerichts mit Schreiben vom 19. November 1993, das bei der Geschäftsstelle des Bundesparteigerichts am 26. November 1993 eingegangen ist, Beschwerde eingelegt. Mit Schriftsatz vom 23. Dezember 1993, der am 31. Dezember 1993 beim Bundesparteigericht eingegangen ist, hat sie ihre Beschwerde im wesentlichen wie folgt begründet:

Das Landesparteigericht habe es unterlassen, die Verfassungsmäßigkeit und Satzungsmäßigkeit des Beschlusses Nr. 4, der angefochten worden sei, zu prüfen. Insbesondere habe es unterlassen, die schriftlich eingebrachte Begründung zu dem Antrag zu würdigen und sich inhaltlich mit den Argumenten der Antragsteller auseinanderzusetzen. Es habe sich im wesentlichen auf Formalien des angefochtenen Beschlusses beschränkt. Nachdem es Tatsachen festgestellt und Einlassungen der Antragsteller sowie der Antragsgegner wiedergegeben habe, habe es den Versuch unternommen, den inhaltlichen Gehalt des angefochtenen Parteitagsbeschlusses zunegieren. Das Landesparteigericht habe verkannt, daß es den Antragstellern mit der Anfechtung des Parteitagsbeschlusses darum gehe,

1. gegen die Verpflichtung zur Erarbeitung von Richtlinien und
2. gegen die "gewisse Zielrichtung", nämlich die Zielrichtung der Ausgrenzung bestimmter Parteimitglieder von ihrem passiven Wahlrecht, vorzugehen.

Wenn das Landesparteigericht feststelle, daß der Parteitagsbeschluß nicht neues Parteirecht entfalte, so müsse klargestellt werden, daß es sicher zutrefte, daß er unmittelbar kein neues Parteirecht formuliere. Da er aber die Zielrichtung für die Erarbeitung von Richtlinien exakt formuliere, wirke er mittelbar, eben über besagte zu erarbeitende Richtlinien. Es gehe auch nicht darum, ob der Parteitagsbeschluß ein Verbot formuliere, aber er gebe ein inhaltliches Gebot für pflichtgemäß zu erarbeitende Richtlinien vor, und

dieses Gebot schränke verfassungsmäßige, statut- und satzungsmäßige Rechte von bestimmten, bei Richtlinien vorauszuwählenden Parteimitgliedern ein.

Auch die vom Landesparteigericht gegebene Begründung, bei dem Parteitagsbeschluß handele es sich um eine gemäß § 21 Abs. 3 der Landessatzung der CDU statthafte Richtungsentscheidung, sei - bezogen auf den angefochtenen Parteitagsbeschluß - unzutreffend. Während unzweifelhaft sei, daß Parteitagsbeschlüsse prinzipiell Richtungsentscheidungen im Sinne auch des § 21 Abs. 3 seien, in dem sie die Grundlinien der Politik des Landesverbandes vorgäben, gebe es dennoch eine vom Landesparteitag wie auch vom Landesparteigericht verkannte Schranke, nämlich die verfassungsimmanente Schranke. Und eben diese überschritten zu haben, mit der besagten inhaltlichen Vorgabe für die Verpflichtung zur Erarbeitung von Richtlinien, werde dem Parteitagsbeschluß angelastet. Zwei weitere Gesichtspunkte seien noch zu berücksichtigen. Einerseits werde der Parteitagsbeschluß nicht umgesetzt, d. h. der Pflicht zur Erarbeitung von Richtlinien, die dem Anliegen des Parteitagsbeschlusses nachkommen, werde bisher nicht gefolgt. Zum zweiten sei die Entscheidung des Hamburgischen Verfassungsgerichts vom 04. Mai 1993 zur Anfechtung der Bürgerschaftswahl vom 02. Juli 1991 zwingend zu beachten. In der vorgenommenen Rechtsgüterabwägung zwischen dem anerkannt hohen Verfassungsgut einer gesicherten kontinuierlichen Parlamentsarbeit und dem verfassungsrechtlich geschützten innerparteilichen demokratischen Kandidatenfindungsverfahren auf der Grundlage allgemein anerkannter Wahlgrundsätze habe das Landesverfassungsgericht H die innerparteilichen Demokratieverstöße bei der Kandidatenfindung für so gewichtig gehalten, daß der Ungültigkeitserklärung der genannten Bürgerschaftswahl der Vorrang einzuräumen gewesen sei. Da dieses Urteil eine Präzedenzentscheidung darstelle, müsse es in der auf die juristische Wirkung hin zu prüfenden inhaltlichen Bestimmung des angefochtenen Parteitagsbeschlusses vom 08. Mai 1993 berücksichtigt werden.

Der Antragsgegner hat mit Schreiben vom 05. Oktober 1994 mitgeteilt, daß zu seinen bisherigen Ausführungen nichts hinzuzufügen sei. Sinngemäß wird damit beantragt, die Beschwerde zurückzuweisen.

B.

I. Das Bundesparteigericht ist gemäß § 14 Abs. 3 der Parteigerichtsordnung i.d.F. vom 26. Oktober 1992 zur Entscheidung von Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesparteigerichte berufen. Es handelt sich um eine Beschwerde nach § 37 Abs. 2 der Parteigerichtsordnung. Die Beschwerde ist innerhalb der Frist des § 38 Abs. 1 PGO beim Bundesparteigericht eingelegt worden. Allerdings enthält sie noch keinen bestimmten Antrag und keine Begründung. Vielmehr wird darauf hingewiesen, daß beides nachgereicht werde. Die Beschwerde ist erst mit dem am 31. Dezember 1993 beim Bundesparteigericht eingegangenen Schriftsatz vom 23. Dezember 1993 begründet worden. Deshalb könnte gemäß § 38 Abs. 2 Satz 2 der Parteigerichtsordnung zweifelhaft sein, ob sie den Anforderungen entsprechend fristgerecht eingelegt worden ist. Mit Rücksicht auf die der Antragstellerin und Beschwerdeführerin mit Schreiben des Justitiars der CDU vom 14. Dezember 1993 gemachte Mitteilung,

daß dem Eingang der Beschwerdeschrift entgegengesehen werde, obwohl die Rechtsmittelfrist zu diesem Zeitpunkt bereits abgelaufen war, ist gemäß § 38 Abs. 2 Satz 3 davon auszugehen, daß hier das verspätete Vorbringen nicht unberücksichtigt bleiben kann.

II. Die Beschwerde ist allerdings unbegründet. Der Antrag der Antragstellerin ist vom Landesparteigericht im Ergebnis zu Recht als unbegründet zurückgewiesen worden. Zutreffend hat schon das Landesparteigericht erkannt, daß der angefochtene Beschluß des Landesparteitags der CDU in S nicht rechtswidrig gewesen ist. Deshalb konnte es ihn gemäß § 31 Abs. 1 der Parteigerichtsordnung nicht aufheben.

Der angefochtene Parteitagsbeschluß stellt eine politische Richtungsentscheidung dar, die keine unmittelbare rechtliche Wirkung für Dritte entfaltet. Schon in seinen Entscheidungen vom 16. März 1984 (BPG 4 und 5/83) hat das Bundesparteigericht diese Rechtsauffassung bekräftigt. Es hat an ihr in seinen Entscheidungen vom 26. April 1993 (BPG 12/91 und 2/92) ausdrücklich festgehalten. Die praktische Umsetzung und Durchführung von Parteitagsbeschlüssen hängt von den Vorständen der Parteigliederungen der unteren Ebene ab. Diese haben nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden, ob und welche Maßnahmen sie zur Durchführung der Ziele des Beschlusses ergreifen. Hier hat der Antragsgegner unwidersprochen vorgetragen, daß der Landesvorstand der CDU in Brandenburg zur Rechtsqualität des Beschlusses festgestellt habe, im Sinne des sich aus dem Grundgesetz ableitenden Demokratieprinzips könne der Beschluß kein Verbot sein, Personen in ein Parteiamt zu wählen oder als Bewerber für eine Volksvertretung aufzustellen.

Nicht nachvollziehbar ist die Argumentation der Antragstellerin zur bislang nicht erfolgten Umsetzung des Parteitagsbeschlusses auf der Ebene der Kreisverbände. Darin ist vielmehr ein zusätzliches Indiz für die Richtigkeit der Ansicht der CDU-Parteigerichte zu sehen, daß die einzelnen Parteimitglieder durch Beschlüsse mit politischem Richtungscharakter nicht unmittelbar betroffen sind. Erst wenn aufgrund erfolgter Umsetzung eines derartigen Parteitagsbeschlusses gegen ein Mitglied Ordnungsmaßnahmen ergriffen werden oder ihm eine Kandidatur für ein politisches Amt wegen Unvereinbarkeit mit dem Inhalt eines solchen Beschlusses verwehrt wird, kann es den Instanzenzug beschreiten, weil es erst dann in seiner Person unmittelbar in seinen Rechten betroffen ist.

Auch der Hinweis der Antragstellerin auf das Urteil des H Verfassungsgerichts vom 04. Mai 1993 - HVerfG 3/92 - vermag ihrer Beschwerde nicht zum Erfolg zu verhelfen. Soweit es für dieses Verfahren überhaupt einschlägig ist, kann aus der Entscheidung nichts dafür entnommen werden, daß politische Richtungsentscheidungen, die auf Parteitagen mehrheitlich beschlossen werden oder worden sind, unmittelbare rechtliche Wirkungen für einzelne Parteimitglieder entfalten. Das Urteil entwickelt zwar Grundsätze zum innerparteilichen Demokratiegebot, sagt aber nichts darüber, ob Parteitagsbeschlüsse wegen dieses Demokratiegebots von jedermann angefochten werden können, noch bevor sie politisch umgesetzt sind. Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom

20. Oktober 1993 - 2 BvC 2/91 - in dem Verfahren über die Wahlprüfungsbeschwerde, die zum Teil von denselben Personen eingelegt worden war wie in dem Verfahren vor dem H Verfassungsgericht.

III. Die Kostenentscheidung folgt aus § 43 PGO.